

GROSSER RAT

GR.15.210-1

VORSTOSS

Postulat Marianne Binder-Keller, CVP, Baden, und Martin Steinacher-Eckert, CVP, Gansingen (Sprecher), vom 15. September 2015 betreffend wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Einwanderungsinitiative für den Standort Aargau

Text:

Der Regierungsrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie er auf kantonaler Ebene dem Entscheid des Schweizer Volkes zur Masseneinwanderungsinitiative Rechnung tragen will. Einerseits muss die Zuwanderung begrenzt werden, andererseits darf kein volkswirtschaftlicher Schaden für unseren Kanton entstehen.

Begründung:

Der Entscheid des Schweizer Volkes vom 9. Februar ist 2014 zu akzeptieren und die Zuwanderung muss folglich begrenzt werden. Die Zeit drängt. Der Regierungsrat des Kantons Aargau muss jetzt Szenarien entwickeln, damit durch die Umsetzung des Artikels 121a möglichst wenig wirtschaftlicher Schaden im Kanton Aargau entsteht. Dabei soll der Regierungsrat abklären, wie gross der effektive Bedarf an ausländischen Arbeitsspitzen im Kanton ist und sich rechtzeitig dafür einsetzen, dass allen für unseren Kanton vitalen Branchen genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Der Regierungsrat soll in diesem Bericht auch erläutern, welche Massnahmen sie vorsieht, um den Inländervorteil durchzusetzen.

Mitunterzeichnet von 14 Ratsmitgliedern